

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 ...

Dürnberg, 8. Juli 1893.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 ...

An die Metallarbeiter Deutschlands!

Werthe Genossen! Wie Ihr aus Nr. 24 dieser Zeitung ersehen haben werdet, findet am 4. und 5. August in Zürich ein internationaler Metallarbeiter-Kongress statt...

Wir schlagen Euch vor, zwei Delegirte dahin zu entsenden, und zwar die Genossen Martin Segitz in Fürth und Aug. Junge in Stuttgart.

Die Wahl der Delegirten darf nur in öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen erfolgen.

Vom Bureau der Versammlung ist jedem der Delegirten ein Mandat auszustellen und denselben bis spätestens 1. August zuzusenden.

Da die Zeit nur noch eine kurze, so ersuchen wir die Versammlungen schleunigst einzuberufen.

Mit kollegialem Gruß W. Mehger, Hamburg. S. Scherm, Nürnberg.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.

An die Arbeiter aller Länder! Werthe Genossen! Wir laden Euch hiermit ein, Eure Abgeordneten zu wählen und uns deren Namen mitzutheilen...

Das gewonnene Lokal wird auch bei einer sehr starken Beteiligung genügen und steht die ganze Zeit des Kongresses zur Verfügung.

Die Arbeiterschaft der Schweiz und speziell die von Zürich wird es sich angelegen sein lassen, ihre Arbeitsbrüder als willkommene Gäste zu empfangen...

eine Fahrt auf dem schönen Zürichsee mit Extradampfer anbieten zu können.

Zur Belebung des Kongresses, sowie als Führer zu Spaziergängen in die schöne Umgebung am Morgen- und Abendstunden werden hiesige Genossen bereit sein.

Indem wir uns bemühen, für die Unterkunft der Delegirten, für die Arbeiten des Kongresses, wie für die Unterhaltung in der freien Zeit alles so gut als möglich zu organisiren...

Werthe Genossen! Wir brauchen Euch nicht zu sagen, denn Ihr habt selbst mitgewirkt: Der Vorkurs der sozialistischen Arbeiterorganisation aller Länder ist in den letzten Jahren ein großartiger gewesen.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Mit Brudergruß! Zürich, den 15. Juni 1893. Das Organisationskomitee.

Die Nationalisirung der Gesundheitspflege.

Dieses Thema wurde vor einiger Zeit in der 'Die Neue Zeit' besprochen. Jetzt führt ein Dr. B. in derselben Zeitschrift Folgendes aus:

Es ist kein Zweifel, daß zu einer Zeit, wo eine Vergesellschaftung aller Thätigkeit und aller Betriebe durchgeführt ist, auch eine Nationalisirung der Gesundheitspflege ebenso selbstverständlich als einfach durchführbar sein wird...

Hier aber handelt es sich augenscheinlich und ausdrücklich um einen Vorschlag, dessen Ausführung sich an die heute be-

stehenden Verhältnisse mindestens anzulehnen hätte, und da ist es wohl am Platze, meine abweichende Meinung zu äußern.

Es ist sichtlich im höchsten Grade wünschenswerth und zu erstreben, daß die Gesundheitspflege zentralisirt werde. Das hat man ja u. A. auch im Sommer 1892 in Deutschland gesehen...

Während aber das Vorhandensein einer Zentralstelle für die Leitung der Gesundheitsverhältnisse heutzutage nahezu eine unabwiesliche Forderung darstellt, ist es doch sehr fraglich, ob als solche das (wenn auch nach Herrn Ellis reformirte) Krankenhaus...

Heutzutage (!) liegen allerdings für mehr als die Hälfte aller Menschen die Verhältnisse derartig, daß im Erkrankungs-falle ein gut eingerichtetes Krankenhaus für sie ein geeigneterer Aufenthalt ist...

weise des Patienten, seine Charakter- und Gemüthsanlage, seine Neigungen u. s. w. verdienen in so zahlreichen Fällen eine so eingehende und individualisirende Berücksichtigung bei der Aufstellung des Heilplans, *) daß am besten Leute, denen der Patient genau bekannt ist, als Ärzte und Pflegepersonen, in Anwendung kommen.

*) Ich möchte mich gerade dagegen wehren, daß der Betrieb der Medizin, einer Wissenschaft, ohne Weiteres durch den gleichen Gesichtspunkten, wie der eines industriellen Establishments beurtheilt, beziehungsweise eingerichtet werde.

**) Es geht aus dem Referate nicht hervor, ob Herr Ellis auch für die obligatorische Krankenhauspflege eintritt, es ist jedoch höchst wahrscheinlich, weil, um die Krankenhäuser wirklich zu Bentren der medizinischen Thätigkeit zu machen, gesetzgeberische Maßnahmen nöthig wären...

einen so beträchtlichen Theil der Kranken eine Verschlechterung bedeuten, was doch keineswegs beabsichtigt sein kann.

Dabei habe ich immer noch die — technisch und sanitär — günstigsten und best-eingerichteten Spitäler Deutschlands im Sinne, deren Zahl eine überaus beschränkte ist. Die meisten Krankenhäuser, vor allem die städtischen, suchen aus finanziellen Gründen an Arzt und Wartepersonal möglichst zu sparen, wodurch sowohl deren Quantität als besonders Qualität weit hinter dem Erforderlichen zurückbleibt; namentlich das Material, aus dem das Wartepersonal besteht, ist (wegen der niedrigen Löhne) durchaus nicht für diese wichtige Amt genügend vorgebildet. Ebenfalls an dem Geldpunkte scheitern oft die verschiedenen Verbesserungspläne, die der eine oder andere ärztliche Leiter zum Wohle der Kranken durchgeführt wissen möchte. Ausnahmen bilden gewöhnlich nur die Universitäts-Krankenhäuser, denen man, ihrer wissenschaftlichen und Lehrgewende halber, ihre oftmals ganz riesigen Defizite halb mehr halb weniger bereitwillig durchgehen läßt. Und es ist nicht abzusehen, wie in diesem Punkte — daß die ungeheure Mehrzahl der Krankenhäuser auf einem weit niedrigeren Niveau als die wenigen Musteranstalten der Zeit steht — Wandel geschaffen werden soll, so lange auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens (von einem abgesehen) die Sparsamkeit das erste Prinzip sein und bleiben muß; da begnügt man sich eben mit dem Allernothwendigsten, und wenn im Laufe der Zeit irgend eine Neuerung, die Geld kostet, immer unabwieslich erforderlich wird, so bedarf es größter und oft wiederholter Bemühungen, um sie endlich einzuführen. Damit soll natürlich nur gesagt sein, daß und warum die Krankenhausbehandlung, so lange verschiedene Klassen existieren, nur für die ärmsten der Kranken eine Verbesserung gegen die häusliche Pflege bedeutet, während der gesammte Mittelstand im eigenen Heim besser daran ist als im Spital.

So glaube ich gezeigt zu haben, wie das Krankenhaus unter den heutigen Verhältnissen selbst keine spezielle Funktion, die Heilung von Krankheiten, nicht vollkommen, ja nicht einmal so gut wie in zahlreichen Fällen häuslicher Behandlung und Pflege zu erfüllen vermag. Nun bezieht sich aber die Gesundheitspflege nicht nur auf die Wiederherstellung, sondern sehr wesentlich auch auf den Schutz der Gesundheit, das heißt ihre Aufgabe ist nicht nur die Heilung, sondern auch die Verhütung von Krankheiten. Und diesem Theil der Gesundheitspflege kann naturgemäß das Spital noch weit weniger dienen! Der Spitalarzt sieht den Kranken allein, losgelöst von seiner Umgebung, er hat keinen Ueberblick, oft keine Vorstellung von den Verhältnissen, unter denen der Patient für gewöhnlich existiert, von seinen Arbeitsbedingungen, von den zahllosen Dingen, die als Krankheiten verursachende oder begünstigende Momente aufzufassen wären. Zwar erzählt der Kranke oder einer seiner Angehörigen fast immer irgend einen, gewöhnlich höchst belanglosen Umstand, den er für seine Erkrankung verantwortlich macht, aber es leuchtet ein, daß diese „anamnestischen“ Angaben verschwindend selten einen wissenschaftlichen Werth haben. Der Arzt kann diese Angaben nicht einmal für den Heilplan in jedem speziellen Falle verwerten, geschweige denn daraus Schlüsse auf die Ursachen der betreffenden Krankheit im Allgemeinen ziehen. Der Privatarzt dagegen, der den Kranken in seiner gewöhnlichen Umgebung sieht, der mehr oder weniger genau die Einzelheiten seiner Lebensführung und Thätigkeit überblicken kann, der im Privathause oft diesen oder jenen bedeutungsvollen Umstand bemerkt, den von 50 Kranken 49 gar nicht erwähnen, weil sie ihn für völlig bedeutungslos halten, dieser kann schon eher

hier oder dort einen glücklichen Griff thun, der ihm über die Entstehung einer Krankheit und ihre Ursachen Aufschluß oder wenigstens gewisse Anhaltspunkte gewährt. Ganz besonders günstig in dieser Beziehung sind die Hausärzte gestellt, sie kennen die Lebensweise, den bisherigen Gesundheitszustand, den Entwicklungsgang des einzelnen Klienten, die sanitären Verhältnisse seiner Familie, seiner Umgebung, kurz sie sind bei einretender Erkrankung am besten unterrichtet über die ungemein wichtigen Hilfskräfte, die ihnen der Organismus des Patienten an die Hand gibt, und werden schon in jedem einzelnen Erkrankungsfall allen ärztlichen Konkurrenten gegenüber einen weit günstigeren Stand haben. Aber noch viel mehr! Sie werden die erfolgreichste vorbeugende Thätigkeit entfalten können; z. B. die Disposition zu zahlreichen Krankheiten ist erblich, die Aufgabe des Hausarztes ist es, in solchem Falle auf die Beseitigung der Disposition sein Augenmerk zu richten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß dieser Disposition entgegen gearbeitet werde, oder daß der damit Befasste nach Möglichkeit gewisse Faktoren vermeide, die erfahrungsgemäß in seinem Falle leicht die betreffende Krankheit „zum Ausbruch kommen lassen“, oder wie es richtiger hieße, den Einbruch, nämlich in den dazu disponirten Organismus, begünstigen. Es ist natürlich, daß nicht alle Ärzte auf diesem Gebiete gleich Gutes leisten, und so lange nicht die Befähigung, sondern der Geldbeutel die Berufswahl bestimmen, so lange werden in den Leistungen der einzelnen Ärzte die größten Unterschiede zu Tage treten. Aber es gibt doch genug kritisch veranlagte, gut beobachtende Ärzte, daß man sich von einer gut organisirten hausärztlichen Thätigkeit die allergrößten Fortschritte in der Erkenntnis von den Ursachen der Krankheiten versprechen dürfte. Allerdings dürfte die Institution der Hausärzte nicht auf die wohlhabendsten Klassen beschränkt sein wie heutzutage, sondern die großen Massen und sie vorzugsweise müßten daran theilnehmen können, denn nur aus großen Zahlen lassen sich allgemein gültige Gesichtspunkte ableiten. Dazu wäre denn in erster Linie notwendig, daß Jedermann unentgeltlich ärztliche Hilfe zu verlangen hätte, was wiederum zur Voraussetzung hätte, daß sämtliche Ärzte vom Staate angestellt und besoldet würden. Meiner Ansicht nach muß die Gesundheitspflege zunächst im Privathause wurzeln, wenn sie ihrer wichtigsten Aufgabe, — das ist der Schutz, nicht die Wiederherstellung der Gesundheit! — gerecht werden soll.

Nun wird vielleicht eingewendet werden, daß man beide Institutionen, das Zentral-Krankenhaus und den Hausarzt, neben einander bestehen lassen könnte; das ist aber meiner Ansicht nach — wie schon oben angedeutet — nicht gut möglich. Höchst wahrscheinlich würde das zentralisirte Krankenhaus die in seinem Wirkungsgebiete befindlichen Ärzte schneller oder langsamer entweder erdrücken oder aufsaugen, wie man in großen Städten, schon heute bei der freien Konkurrenz, bis zu einem gewissen Grade angedeutet findet.

Das Publikum geht doch nur ins Spital, beziehungsweise in dessen poliklinische Sprechstunde, wenn es sich krank fühlt; tüchtige, nicht mit Arbeit überlastete Hausärzte aber können unter Umständen sehr häufig das Auftreten der Krankheit überhaupt verhüten.

So meine ich, daß der Schwerpunkt der ärztlichen Thätigkeit in den „Hausarzt“ zu verlegen ist, einmal wegen der vorbeugenden Thätigkeit in den einzelnen Fällen, dann wegen der wissenschaftlichen Erforschung der Krankheitsursachen im Speziellen wie im Allgemeinen. Wenn heute die Hausärzte diese letztere Aufgabe noch mangelhafter als die erstere lösen,

so liegt das meiner Ansicht nach zum Theil daran, daß nur die Wohlhabendsten einen Hausarzt halten können, zum Theil daran, daß die meisten Ärzte überhaupt diesem wichtigeren Zweige ihres Berufes sehr gleichgültig gegenüberstehen, weil dabei für sie wie für den einzelnen Kranken nicht so viel herauskomme, schließlich auch daran, daß sie keine Zeit dazu haben oder zu haben glauben. Meiner Ansicht nach ist in dem Kapitel von der Weltologie — ich meine damit die Endursachen! — der Krankheiten noch so viel jungfräulicher Boden, weil die Forschung vorwiegend auf Krankenhaus und Laboratorium beschränkt ist. Der Hausarzt der Zukunft aber ist, wie ich meine, gerade zur Ausfüllung dieser klaffenden Lücke berufen, wenn er nämlich nicht mehr durch den Egoismus materieller Interessen oder sonstige Gründe sich veranlaßt fühlen wird, das Hauptgewicht seiner Thätigkeit auf die „Therapie“ zu legen.

Selbstverständlich will ich nicht, daß die Krankenhäuser verschwinden sollen; sie sind heute und auf lange hinaus unentbehrlich. Aber sie sollen ihre Stellung als, wenn auch integrirende, so doch nur nebeneinander Faktoren in der Gesundheitspflege haben, nicht zu Zentren der gesammten medizinischen Thätigkeit werden.

Es versteht sich am Rande, daß auch ich einer möglichststen Verdollkommnung der Krankenhäuser das Wort rede, als die weitgehendsten Verbesserungen in technischer Hinsicht ebenso wünsche, wie in ihrer sozialen Stellung, so daß die unentgeltliche Krankenhausbehandlung gleichermaßen wie die — man gestatte den Vergleich — unentgeltliche Rechtspflege als etwas Selbstverständliches und nicht mehr als etwas Beschämendes oder gar Entehrendes angesehen werden kann. Es soll der Hausarzt in jedem Falle, wo er es aus irgend welchen Gründen für rationell und notwendig hält, den Patienten dem Krankenhaus überweisen können, ähnlich wie es heute schon in tausenden von Fällen durch die Rassenärzte geschieht. Wie schon, jetzt das Gesetz die Arbeiter zwingt, in gesunden Tagen ihre Rassenärzte zu befolgen und Krankenunterstützungsgelder anzusammeln, was ihnen dann in Krankheiten zu statten kommt, warum sollte es nicht möglich sein, die Gesamtheit in ähnlicher Weise zur Sorge um ihre Gesundheitsverhältnisse zu verpflichten! Eine Ausgabe, die sich wahrlich rentiren würde, da bei zweckmäßiger und konsequenter Durchführung der besprochenen Maßregeln eine ungeheure Menge von vorübergehender oder dauernder Arbeitsunfähigkeit verschwinden würde.

So gut wie der Staat, also die Gesamtheit, schon heute zahlreiche Ärzte, wenn auch relativ nur wenige anstellt und besoldet, so könnte er auch alle Ärzte zu seinen Beamten machen; er wird dies müssen, wenn er will, daß die ärztliche Thätigkeit nicht mehr im Dienst von Privatinteressen steht, sondern das allgemeine Wohl und die Besserung der gesammten Gesundheitsverhältnisse zur alleinigen Norm erhalte.

Ein Reichsgesundheitsrath, der nicht bloß aus Ärzten und Verwaltungsbeamten bestünde, sondern ebenso gut Techniker, Fabrikbesitzer, Arbeiter der verschiedenen Berufe zu Mitgliedern hätte, müßte die oberste Zentralstelle für die Gesundheitspflege werden. Seine wissenschaftlichen Organe müßten, neben entsprechend dirigirten Krankenhäusern, genügend zahlreiche Hausärzte sein, ebenso wie die Krankenbehandlung im Speziellen jedem dieser beiden Faktoren an seinem Orte zugewiesen sein müßte. Beide Theile müßten, unter Kontrolle der Centrale, einander in die Hände arbeiten; die Forschung im Laboratorium bedarf ebenso der Unterstützung durch den wissenschaftlich thätigen Hausarzt, wie die Pflege im Privathause jederzeit durch das Kranken-

haus muß ersetzt werden können. Keiner dieser beiden Faktoren darf dominiren, wenn er nicht den anderen total beseitigen soll, und beide sind doch, wie ich gezeigt zu haben glaube, nothwendig, um der Gesundheitspflege wirklich große Fortschritte zu ermöglichen.

Umschwung.

Daß man im Bürgerthume die Sozialdemokratie heute mit ganz anderen Augen ansieht als noch vor wenigen Jahren, daß nicht allein die kindische Furcht vor ihrem „Umschwung“ beinahe geschwunden ist, sondern sogar eine starke Empfindung für die Berechtigung und Vernünftigkeit ihrer Bestrebungen bereits kräftig Wurzel gefaßt hat, ob man sich auch sträubt, es einzugestehen, das haben die letzten Wahlkämpfe mehrfach bewiesen. Sogar vielen gegnerischen Presseorganen, Wahlflugblättern u. dgl. konnte man deutlich anmerken, daß sie weit mehr Agitationsmache waren, als der Ausdruck aufrichtiger Gesinnung.

Wenn nur die liebe Eitelkeit und Rechthabererei nicht wäre; manche ehrliche bürgerliche Haut würde rund heraus zugeben: wir haben uns früher in der Beurtheilung der Sozialdemokratie getäuscht, wir kannten sie nur aus gegnerischen Schriften und Meppillenfabrikaten und haben uns daher ein ganz falsches Bild von ihr gemacht; jetzt, da wir sie von Angesicht zu Angesicht kennen lernten, sehen wir ein, daß es eine Karrikatur gewesen. — Allein dazu kann sich der Parteilensich nicht leicht aufschwingen, und so können wir denn oft hören und lesen, die Sozialdemokratie sei in letzter Zeit viel ordentlicher, braver und zäher geworden, sie sei nicht mehr, was sie früher gewesen, sie habe sich der bürgerlichen Gesellschaft genähert, weshalb diese ihr auch nicht mehr so schroff gegenüberstehe.

Es geht diesen guten Leuten, wie den Reisenden in einem Eisenbahnzug, denen es auch vorkommt, als ob der Zug still stünde und die Gegend ihnen entgegenkomme, während das Umgekehrte der Fall ist. Die Sozialdemokratie ist heute, was sie von jeher gewesen ist, wenn sie sich auch in Nebendingen „gemausert“ hat.

„Habt Ihr Euch nicht neuerdings von den Anarchisten losgesagt?“ wurde uns in einer Wählerversammlung entgegeng gehalten. Mit Nichten, denn Sozialdemokratie und Anarchismus hatten nie mehr miteinander gemein als die Negation des Klassenstaats; in ihrem positiven Ziel sind beide die denkbar schärfsten Gegensätze; der Sozialismus ist zentripetal, der Anarchismus ist zentrifugal — das sozialistische Prinzip heißt Organisation, das anarchische Atomismus. Man darf nur ein wenig die Entstehungsgeschichte beider Bewegungen kennen, um zu wissen, daß sie zu keiner Zeit parallel liefen.

Dann wird wiederum behauptet, die Sozialdemokratie habe erst in neuerer Zeit angefangen, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Forderungen zu stellen. Wie müßten wir kürzlich lächeln über die Raibetät eines großen linksliberalen Blattes, das in einem Leitartikel, überschrieben „Die Rückbildung der Sozialdemokratie“, ernsthaft versichert, die Sozialdemokratie sei „in einer Umwandlung begriffen, durch die sie aufgehört wird, die radikale Umsturzpartei zu sein, als die sie vor Jahrzehnten in's Leben getreten war. Eigentlich das ganze gegenwärtige Gehaben der Sozialdemokratie“, heißt es dort ferner, „ist ein einziger und unaufhörlicher Beweis dafür, daß die Partei ihren revolutionären Charakter fallen läßt und in der That die Gesichtspunkte demokratischer Tagespolitik den Utopien voranstellt, mit denen eine wirtschaftliche Umwälzung alles Bestehenden mehr geträumt als

vorberichtet wird." Freuen wir nicht, so war es der deutschfreisinnige Th. Barth, der in seiner "Nation" den Ton zu dieser Musik angegeben hat, und bei ihm mag wohl damals der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein; es war nämlich vor seinem Sündenfall in der Militärvorlage. Es soll uns ja recht angenehm sein, wenn die Herren zutraulich werden und wie Kinder dem wilden Mann schen-beherzt sich uns nähern und sogar uns zu streicheln die Courage haben; wenn sie sich aber einreden, der Löwe sei in der Umkleidekabine zur Hauskatze begriffen, so ist das denn doch gar zu naiv. Die Wahrheit ist, daß wir von jeher den Kampf gegen zwei Fronten geführt haben, gegen den Klassenstaat überhaupt und gegen Ausbeuterel, Druck und Reaktion innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Sind ja unsere Errungenschaften auf dem Boden des Klassenstaates zugleich Stappen zu unserem Endziel, dem Sozialismus.

Damit ist auch die Fabel wiederlegt, daß das "Einschmelzen der heutigen Gesellschaft in die sozialistische" auch erst neueren Datums ist, während die Sozialdemokratie früher mit dem Kopf durch die Wand hätte rennen wollen. Uebrigens gibt es Leute, die uns heute noch dies Bestere nachsagen. So Herr Sonnemann in Frankfurt, der in der Volksparthei-Versammlung vom 21. d. M. äußerte: "Angenehm ist es uns nicht, für die Sozialdemokratie einzutreten. Sie wissen, was uns trennt: Daß wir eine organische und keine sprungweise Entwicklung wollen, weil diese stets eine Reaktion zur Folge hat." Sollte Herr Sonnemann wirklich nicht wissen, daß das Wort von der "organischen Entwicklung" sozialdemokratischen Ursprungs ist? —

Der Kernpunkt der Sache ist, daß die Sozialdemokratie es war, welche die soziale Frage auf die Tagesordnung des politischen Lebens setzte, die öffentliche Meinung auf die wirtschaftlichen Schäden gelenkt, die ökonomischen Aufgaben des Gemeinwesens betont, mit einem Wort, in den weitesten Kreisen den sozialpolitischen Sinn geweckt hat. Für die soziale Frage war die bürgerliche Politik früher so blind, sie bewegte sich immer nur in der Peripherie und ist erst durch die sozialdemokratische Bewegung mit der Nase auf's Zentrum gestoßen worden, auf die wirtschaftlichen Faktoren, Kämpfe und Konflikte, gegenüber welchen alle rein politischen Dinge von sekundärer Bedeutung sind. Allen Sträubern und aller Anfeindungen zum Trotz hat sich so allmählich ein gewaltiger Umschwung vollzogen zu Gunsten der Sozialdemokratie, man hat sich uns genähert und meint, wir hätten uns dem Bürgerthum genähert.

Wer Herz und Nieren prüfen könnte, würde vielleicht die überraschende Entdeckung machen, daß es nicht wenig bürgerliche Politiker gibt, die sogar dem sozialdemokratischen "Zukunftstaat" gar nicht so abhold sind, als sie nach Außen affektieren. Die "Kölnische Zeitung" hatte so Unrecht nicht, wenn sie anläßlich der Stichwahlen jammert:

"Es scheint wirklich, als ob die bürgerlichen Parteien in dem Kampf gegen die Umsturzpartei, der ihnen Allen gemeinsam sein sollte, in diesem Wahlkampf meistens versagen und ihrer Pflicht vergessen. Bei dem Zentrum sowohl als bei der Volkspartei des Herrn Richter ist wenig Verständnis von dem Ernst der Lage zu verspüren; nirgends ist hier auch nur der Anschlag zu einem ehrlichen und kräftigen Zusammenhalten gegen die Sozialdemokratie zu entdecken; im Gegentheil, direkt und indirekt wird die Wahl weiterer Mitglieder der Revolutionspartei gefördert, so daß ihre Zahl wohl das halbe Hundert erreichen kann. Das ist das Nachspiel und die praktische

Anwendung des großen allgemeinen Sturmlaufs gegen die Sozialdemokratie in der jüngsten Reichstagsession. Die Reden von damals kann man jetzt wirklich nicht mehr ohne Spott und Scham lesen."

Köstliches Geständnis!

In den Thaten spiegelt sich die Gesinnung treuer als in den Worten und Formeln.

Edmondo de Amicis, der italienische Gelehrte und Poet, hat es vor einiger Zeit ausgesprochen: Es gibt eine Menge Krypto-Sozialisten (heimliche S.), sie wissen nur nach Außen das Gegentheil scheinen.

Hinzu tritt noch für die politischen Führer der bürgerlichen Parteien die Nothwendigkeit, ihr geschäftliches Parteiinteresse im Auge zu behalten. Der Sozialdemokratie gegenüber hoffen sie noch immer die besten Geschäfte zu machen, wenn sie uns als den leibhaftigen Gottseibeiuns darstellen, um den Wählern eine Gänsehaut über den Rücken zu jagen. Diese Leute, die Führer, handeln dabei in demagogischer Weise wider besseres Wissen, um nicht selbst aus dem Sattel geworfen zu werden. Das ändert jedoch an der wachsenden Einsicht unter den Geführten — und wie oft Angeführten — nichts.

"Samb. Echo."

Die Technik des Aktien-schwindels.

Der Schwindel ist in früheren Zeiten immer nur eine Ausnahmeerscheinung gewesen; seit Entwicklung des Kapitalismus wird er immer mehr ein legitimer ökonomischer Faktor, derart, daß gegenwärtig einer der wichtigsten ökonomischen Prozesse, die Konzentration des Kapitals, sich zu einem sehr großen Theil unter seiner Mitwirkung vollzieht, und daß er ein integrierender Bestandteil jener Unternehmungsform ist, welche die eigentlich moderne genannt werden muß, die Aktiengesellschaft. Diejenige Art von Aktiengesellschaft, bei der die Aktien in den Händen einiger Weniger sind, und die eigentlich nur eine Art Kompagniegeschäft darstellt, diese Art ausgenommen, ist eine Aktiengesellschaft ohne Schwindel einfach unmöglich.

Wenn Jemand ein Geschäft gründet, so rechnet er darauf, das angewendete Kapital nach dem landesüblichen Zinsfuß verzinst zu sehen und dann noch für sich selbst einen Gewinn zu erhalten. Wenn ein Gründer-Konsortium zusammentritt, um eine Aktiengesellschaft zu gründen, so geschieht das nicht in der edlen Absicht, den Leuten, welche Aktien nehmen werden, einen großen Gewinn zu verschaffen, sondern, indem sie vorher ausrechnen, welcher Ertragewinn wohl bei dem Unternehmen zu Stande kommen könne, rechnen sie diesen Gewinn auf das Kapital aus, dem er entsprechen würde, und behalten einen Theil Aktien, welche diesem Kapital entsprechen, als "Gründeraktien" für sich ein, ohne jedes weitere Äquivalent, als daß sie eben "gegründet" haben. So behielt z. B. Vesselys von den ersten 600 Millionen Aktien des Panamakanals 64 für sich, über 10 Prozent. Man sieht, daß das "Gründen" ein sehr einträgliches Geschäft ist, und ein armer Arbeiter, der sich den ganzen Tag über in der Fabrik abmüht, hat wohl keine Ahnung davon, wie "produktiv" unter Umständen die menschliche Arbeit sein kann.

Der Gründergewinn ist eine durchaus anerkannte Thatsache; wenn sie ihn nicht erhielten, würden die Leute ja auch nicht gründen. Aber er hat jedenfalls doch die Folge, daß das eigentliche Fett von der Suppe, welche die Aktionäre zu verspeisen gedenken, bereits von den Gründern abgeessen ist, daß Aktienunternehmer also nicht die Gewinne geben,

die man erwartet, und daß die Zahl der verkrachten Aktienunternehmen größer ist, wie die Zahl verkrachter sonstiger Unternehmer. In Folge dessen ist bei den kleinen Kapitalisten — und auf die allein ist es bei diesen ganzen Manövern abgesehen, die Großen machen ihre Geschäfte unter sich ab — ein großes Mißtrauen gegen die Aktiengesellschaften entstanden, das an sich doch ganz schöne Wort "Gründer" hat einen fatalen Beigeschmack bekommen, und das ganze Aktienwesen scheint eben nichts als Schwindel zu sein.

Wenn die Gründer aber ein Geschäft machen wollen, so müssen sie dieses Mißtrauen bekämpfen und müssen dem kleinen Kapitalisten die nöthige felsenfeste Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Vorzüglichkeit ihrer Absicht verschaffen.

Zu diesem Zweck ist die Presse da.

Die bürgerlichen Zeitungen sind bekanntlich ein geschäftliches Unternehmen, wie jedes andere, und der edle Zweck, welchen sie erstreben, ist, dem Verleger einen möglichst hohen Profit zu gewähren. Nun haben solche Zeitungen einen sehr großen Einfluß auf ihre Leser. Die naiven Gemüther denken sich die Redakteure und Mitarbeiter des Blattes als die klügsten, gelehrtesten und edelsten Leute, welche nur das Beste der Leser im Auge haben und nach reiflicher und gründlicher Prüfung ihnen das Rathen, was das Vortheilhafteste für den Leser ist. In Wirklichkeit sind jedoch diese armen Leute sehr bedauernswürdige und ausgebeutete Arbeiter, welche nicht nach ihrer Ueberzeugung schreiben dürfen, denn sonst werden sie fortgejagt und sind brodblos, sondern nach dem, was der Verleger von ihnen verlangt.

Die Gründer betrachten sich nun die verschiedenen Blätter. Sie kennen ihren Einfluß, ihren Leserkreis und ihre Bedeutung für denselben. Sie setzen sich nun mit den Verlegern in Verbindung, und es wird ein Geschäft gemacht: für so und so viel Geld wird ein oder mehrere Artikel in die Zeitung aufgenommen, der sich günstig über die Gründung ausspricht. Der Artikel ist vielleicht von den Gründern selbst, respektive von einem Sekretär derselben verfaßt. Nachdem das Geschäft abgeschlossen ist, gibt der Verleger seinen Lesern die Anweisung, und jetzt beweist dann die Zeitung, eine wie große Kulturaufgabe, ein wie aussichtsvolles Unternehmen, ein wie genialer Gedanke u. s. f. die Idee der Herren Cohn und Izig ist. Das Mißtrauen der kleinen Kapitalisten beginnt bereits zu schwinden, und die Berechnungen und Anpreisungen ihres Blattes wirken bereits.

Aber das ist noch nicht genug. Die Emission der Aktien, d. h. die Prozedur, vermittelst welcher die Aktien den kleinen Kapitalisten angehängt werden, geschieht durch die großen Banken. Für ihre Thätigkeit, Verzinsung ihrer Kapitalien u. s. f. müssen sie natürlich bezahlt werden. Aber sie verlangen mehr als das. Von ihnen hängt in letzter Linie das Schicksal der Gründung ab. Sie haben ihre Kunden, die bei ihnen und bei ihren Filialen in der Provinz ihre Geldgeschäfte besorgen. Da die kleinen Kapitalisten unmöglich tagiren können, ob eine Unternehmung ertragreich zu werden verspricht, ob sie reell oder schwindelhaft ist, so fragen sie ihre Bankiers um Rath, natürlich in der Erwartung, von ihnen reinen Wein eingeschenkt zu erhalten. Der Bankier rath ihnen natürlich nicht zu der Aktie, welche die beste ist, sondern bei der er am meisten verdient, wenn sie bei ihm gezehnet wird. Die Gründer müssen also eine Art Gewinnbetheiligung der Bankiers einführen; das geschieht, indem man die Aktien ihnen zu einem niedrigeren Kurs überläßt, als dem Emissionskurs, d. h. dem Kurs, zu welchem die Aktien von

den Aktionären erworben werden. Es ist klar, daß, je mehr Aktien auf diese Weise von dem Bankier an den Mann gebracht werden, sein Gewinn desto größer ist. Wenn man die Reichenschaftsberichte der großen Banken liest, so findet man auch eine Rubrik: "Gewinn aus Emissionsgeschäften". Das sind diese Gelder.

Man sieht, daß das Kapital, welches die Aktionäre einzahlen, beträchtlich vermindert wird: die Gründer machen ihre Profite davon, die Presse muß bestochen und die Banken müssen gleichfalls gekauft werden. Man rechnet auf diese "Unkosten" in gewöhnlichen Fällen 25 bis 30 Prozent des Aktienkapitals. Wenn die biedern Aktionäre sich einbilden, daß ihr Geld nur dazu verwendet wird, um zu bauen und zu graben, so sind sie gewaltig im Irrthum. Mindestens ein Viertel wird erst einmal von allen möglichen Gaunern in die Taschen gesteckt.

Wir wollen nun ganz von den Praktiken schweigen, die weiter stattzufinden pflegen, von den Betrügereien in Materiallieferungen usw. Solche Sachen finden sich zwar fast regelmäßig, gehören aber doch nicht unmittelbar zum Wesen des Aktienunternehmens, sie könnten auch weggelassen werden.

Dagegen kommt bei größeren Unternehmungen, wie es z. B. der Panamakanalbau war, namentlich aber bei Eisenbahnen und dergl. noch ein neuer Korruptionsposten dazu, der für die politischen Agenten.

Das wirtschaftliche Leben ist überall mit dem politischen verbunden, je größer eine Unternehmung ist, desto mehr Berührungspunkte hat sie mit der Politik. Da ist ein Gesetz nöthig, welches eine Staatsanleihe genehmigt, wie beim Panamaschwindel; dort ein Gesetz, welches Nickelmünzen einführt und dadurch die Nickelgruben rentabler macht; oder eine Silberbill; oder Schutzzölle für eine bestimmte Industrie; oder Eisenbahn-Konzessionen u. s. f. Der naive Mann denkt beim Staat, wie bei der Zeitung und beim Bankier, daß er das thut, was für die allgemeinen Interessen, wenn auch nur für die allgemeinen Interessen der besitzenden Klassen, am vortheilhaftesten ist. Da aber der Staat von Menschen regiert und verwaltet wird, so thut er nicht das, sondern das, was diesen Menschen am besten bezahlt wird.

In monarchisch regierten Ländern, und die eine einflußlose Volksvertretung haben, müssen demnach die betreffenden Beamten gekauft werden; in parlamentarisch regierten kauft man eine Parlamentsmajorität. Da dieses doch immerhin eine gewisse Selbstheit, Kenntniß der Verhältnisse usw. voraussetzt, so ist das Vermitteln solcher Ankaufs von Parlamentariern zu einem eigenen Geschäftszweig ausgebildet; Geschäftsleute dieser Art waren die im Panamastandal viel genannten Herz, Reinach und Arton.

Das kostet natürlich wieder ungeheure Summen. Um bei dem oft angezogenen Beispiel des Panamaschwindels zu bleiben, so stellte sich schließlich heraus, daß zwei Drittel des ganzen von den Aktionären gezahlten Kapitals auf derartige Bestechungen verwendet waren und nur ein Drittel wirklich für Zwecke des Baues ausgegeben wurden.

Man hat gesagt, daß der Konzentration des Kapitals ja durch die Aktiengesellschaften entgegengearbeitet würde; denn hier genieße auch das kleine Kapital, indem es sich assoziiere, alle Vorzüge des Großbetriebes. Wir haben aus dem Vorhergehenden gesehen, daß das nicht der Fall ist und daß der Aktienschwindel gerade mit zur Konzentration beiträgt.

Der Nicaragua-Kanal.

Der Panamastras läßt ein Unternehmen, das in aller Stille längst vorbereitet ist, nunmehr in den Vordergrund treten. Die Amerikaner haben nur den vorausgesehenen

